

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Heribert Friedmann (AfD)
– Drucksache 17/12535 –

Auseinandersetzung in Ludwigshafen zwischen türkischen Großfamilien

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/12535** – vom 28. Juli 2020 hat folgenden Wortlaut:

Am vergangenen Wochenende kam es zu einem Polizeigroßeinsatz in Ludwigshafen, nachdem die Mitglieder zweier türkischer Großfamilien im Streit aneinandergeraten waren. Auslöser waren ersten Angaben zufolge Differenzen wegen einer Liebesbeziehung zwischen Mitgliedern der beiden Familien.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Verletzte wurden insgesamt im Rahmen dieses Einsatzes registriert (bitte aufschlüsseln)?
2. Welche Gegenstände, Waffen oder auch Einsatzmittel wurden von den jeweiligen Beteiligten bzw. Einsatzkräften im Rahmen der Einsatzlage eingesetzt bzw. verwendet (bitte aufschlüsseln)?
3. Welche Polizeipräsidien waren an dem Einsatz beteiligt?
4. Welche Einsatzkräfte der jeweiligen Polizeipräsidien waren im Einsatz?
5. Wurden Sondereinheiten eingesetzt?
6. Welche Kosten sind durch den Einsatz entstanden?
7. Bewertet die Landesregierung solche Einsatzlagen auf ganz Rheinland-Pfalz bezogen als absoluten Ausnahmefall, oder sind vergleichbare Einsatzlagen (Familienstreitigkeiten, die Großeinsätze auslösen) häufiger, regelmäßig oder in zu-/abnehmender Zahl zu registrieren (bitte begründen)?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. August 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Insgesamt wurden elf Personen verletzt, davon fünf schwer (stationär aufgenommen) und sechs leicht (nach ambulanter Behandlung entlassen). Unter den Verletzten befinden sich zehn Personen, die im laufenden Ermittlungsverfahren als Beschuldigte geführt werden.

Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamte wurden nicht verletzt.

Zu Frage 2:

Die bisherigen Ermittlungen ergaben, dass von den Beschuldigten ein Messer sowie mehrere Teleskopschlagstöcke und Baseballschläger verwendet wurden. Die Stöcke und Schläger konnten vor Ort jedoch nicht fest- bzw. sichergestellt werden.

Die vor Ort eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten setzten zur Einsatzbewältigung mehrmals Pfefferspray und auch Handfesseln ein, und drohten mit der Dienstwaffe in entschlossener Schießhaltung.

Zu Frage 3:

Zur Bewältigung der Lage waren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Polizeipräsidien (PPen) Rheinpfalz, Mainz sowie Einsatz, Logistik und Technik (ELT) eingebunden. Darüber hinaus waren auch Kräfte des PP Mannheim (Baden-Württemberg) eingesetzt.

Zu Frage 4:

PP Rheinland-Pfalz	60 Beamtinnen und Beamte (52 Schutzpolizei, fünf Kriminalpolizei und drei Diensthundeführer)
PP Mainz	Acht Beamtinnen und Beamte (sechs Schutzpolizei und zwei Diensthundeführer)
PP ELT	Zehn Beamtinnen und Beamte der Einsatzhundertschaft
PP Mannheim	Sechs Beamtinnen und Beamte der Schutzpolizei

Zu Frage 5:

Es wurden keine Kräfte der Spezialeinheiten eingesetzt.

Zu Frage 6:

Durch die Polizei werden grundsätzlich weder eine Gesamtkostenberechnung durchgeführt, noch entstandene Kosten gelistet.

Zu Frage 7:

Die PPen in Rheinland-Pfalz registrierten im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 2. August 2020 insgesamt vier Vorfälle im Zusammenhang mit Familienstreitigkeiten, anlässlich derer der Einsatz von mehr als 20 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten (Großeinsatz) erforderlich war. Diese geringe Zahl deutet darauf hin, dass es sich bislang um Einzelfälle handelt.

Roger Lewentz
Staatsminister